

# Landtag aktuell

20. November 2008

## Sitzung des NÖ Landtages

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 13 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu einer Sitzung zusammen.

Zu Beginn der Sitzung wurde Konrad Antoni aus Schrems als Nachfolger von Ewald Sacher als Abgeordneter angelobt.

Dem folgte die Wahl eines Mitglieds des Bundesrates sowie eines Ersatzmitgliedes. Als Mitglied wurde Johann Ertl aus Schwechat und als Ersatzmitglied Edmund Tauchner aus Kirchberg am Wechsel gewählt.

Im Anschluss wurde eine **Aktuelle Stunde** zum Thema „**Eiskalte Tarifierhöhung der Pröll-EVN lässt Bürger frieren – stoppt die ÖVP-Raubritter!**“ abgehalten.

Abgeordneter Benno Sulzberger (FP) gab seiner Befürchtung Ausdruck, dass die angestrebte „soziale Modellregion NÖ“ angesichts der Tarifierhöhungen insbesondere im Energiesektor nicht verwirklicht werden könnte. Er sprach von „Grausamkeiten“ und meinte, es sei nicht einzusehen, dass der Mehrheitseigentümer der EVN den BürgerInnen eine solche Last aufbürde. Der soziale Wohlstand im Land sei in Gefahr, die Erhöhung der Gas- und Strompreise sei „nicht zu vertreten und gehört revidiert“.

Klubobmann Mag. Klaus Schneeberger (VP) mahnte die Einhaltung der Kultur und Würde des niederösterreichischen Hohen Hauses ein. Auch in Zeiten, in denen vier Klubs im Hause vertreten seien, müssten Spannungen in Würde ausgetragen werden. Er

appelliere, dass offizielle Akte des Hauses keine Formulierungen wie „Abzocke“ oder „Raubrittertum“ beinhalten sollten, das sei „dieses Hauses unwürdig“.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, jede Fraktion sollte den Titel für eine Aktuelle Stunde wählen können, den sie für angemessen halte. Sie distanzieren sich allerdings von diesem Titel und schlage eine gemeinsame Aktuelle Stunde über die parlamentarische Würde und die Usancen des Hauses vor. Die derzeitige Energiesituation werde man nur mit einer zukunftsorientierten Energiepolitik und einer EVN, die nicht an der Börse notiere, lösen können. Eine Energieholding könne auch die Rahmenbedingungen ändern, die Liberalisierung habe den Niederösterreichern de facto nichts gebracht. Das Primat der Gestaltung der Energiepolitik sollte wieder beim Land liegen, man müsse endlich beginnen, Nein zu „Putin und den Scheichs“ zu sagen.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) sagte, der Titel der Aktuellen Stunde sei nicht aus „Jux und Tollerei“ gewählt worden, man dürfe die Menschen in diesem Land nicht weiter belasten. Über 200.000 Menschen in Niederösterreich seien armutsgefährdet, dem stünden Riesengewinne der EVN und eine lächerliche Erhöhung des Heizkostenzuschusses gegenüber. Es könne nicht sein, Firmen mit Mehrheitsbeteiligung wie Inkassobüros für fehlgeschlagene Spekulationen zu führen. Die FP fordere eine sofortige Senkung der Energiepreise.

Abgeordneter Helmut C e r w e n k a (SP) sprach von einer gesellschafts-, nicht parteipolitischen Frage. Was hier ablaufe, sei eine reine Machtdemonstration, die Rücknahme der Preise sei sehr wohl bereits jetzt möglich. Der von der SP vorgeschlagene Strom- und Gasbonus habe zwar im Oktober keine Mehrheit gefunden, seine Fraktion werde aber nicht locker lassen. Die Finanzierung wäre aus den Dividenden der EVN leicht möglich. Er meinte, der von der SP geforderte Gas- und Strombonus solle mehr Geld der Bürger in den Konsum fließen lassen und damit die Wirtschaft ankurbeln. Generell sei die SP gegen die Liberalisierung der „Daseinsvorsorge“, sie wolle lieber einen starken

Staat als wichtigen Partner für die Menschen. Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise habe sich die Philosophie „Weniger Staat – mehr privat“ überholt. Der freie Markt und die Gas- und Strompreise seien extremen Preisschwankungen unterworfen. So seien in den letzten fünf Jahren die Gaspreise um 33 Prozent und die Strompreise um 12 Prozent gestiegen.

Abgeordneter Mag. Gerhard K a r n e r (VP) erklärte, die Themen „Teuerung“ und „Preissteigerung“ im Energiesektor seien sehr sensibel und würden von der FP mit ihrem schlechten Stil lächerlich gemacht. Das „neue Duo“ von SP und FP, das landeseigene Unternehmen wie Hypobank und EVN schlecht rede, gefährde Arbeitsplätze. Der Gaspreis in Niederösterreich könne nicht von der weltweiten Entwicklung abgekoppelt gesehen werden. Nur durch den Einsatz von Landeshauptmann Pröll werde in Niederösterreich in den nächsten Wochen der Gaspreis wieder um 18 Prozent gesenkt. Außerdem habe Abgeordneter Waldhäusl schon mehrere Betriebe „in den Bankrott geführt“, sei in der Rosenstingl-Genossenschaft Aufsichtsrat gewesen und sei in seiner Heimat „durch risikoreiche Grundstücksspekulationen aufgefallen“. Zur Wohnbauveranlagung meinte er, dass über diese Ausschüttungen viele Sozialmaßnahmen möglich wurden, wie z. B. der Heizkostenzuschuss.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort. Er sei vom 1. Juni 1996 bis 3. Februar 1998 Aufsichtsrat der Genossenschaft „Freies Wohnen“ gewesen. Weiters habe er alle seine Funktionen in seiner Firma zurückgelegt, da er als Klubobmann laut Landesgesetz kein zusätzliches Einkommen haben darf. Außerdem wies er den Vorwurf der Spekulation zurück. Er habe zwar in den letzten Jahren sehr viel Waldgrundstücke gekauft, aber bisher nichts verkauft.

Der Titel der Aktuellen Stunde sei zulässig. Außerdem forderte er eine Sitzungsunterbrechung und die Einberufung der Präsidiale auf Grund seiner Meinung nach ungleichen Behandlung gegenüber seinem Vorredner.

Nach der Sitzungsunterbrechung setzte Waldhäusl seine Ausführungen fort. Die Erhöhung des Gaspreises hätte dazu geführt, dass die Bürger nicht mehr wüssten, wie sie über den Winter kommen sollen. Der durchschnittliche Haushalt hätte zunächst eine Erhöhung von 240 Euro in Aussicht gestellt bekommen, jetzt seien es noch immer 200 Euro. Bei der Strompreiserhöhung hätte es gar keine Rücknahme gegeben. Daher wäre die Aktuelle Stunde notwendig. Seine Fraktion sei auf Seiten der Bürger und nicht auf Seiten der Konzerne. Er appellierte abschließend, vom Streben nach Gewinnmaximierung abzugehen.

Abgeordnete Karin Kadenbach (SP) erneuerte die Forderung der SP nach einem Energiebonus. Im Blick auf die Durchschnittseinkommen in Niederösterreich sollte man es nicht zulassen, dass die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher den letzten gesparten Euro anknabbern müssten. Für einen funktionierenden Wirtschaftsstandort brauche es „den Euro im Umlauf“.

Abgeordneter Mag. Alfred Riedl (VP) betonte, die Energiepolitik sei immer schon im Zentrum der niederösterreichischen Politik gestanden. Energiepolitik hätte einen Spagat zu leisten, der „ökosoziale Marktwirtschaft“ heiße. Es dürfe auf keinen Fall sein, dass es Menschen in diesem Land gibt, die im Winter frieren. Er meinte, dass die EVN sich sehr wohl Gedanken um ihre Vorgangsweise mache, und man achten darauf müsse, ob die EVN den Wirtschaftsstandort Niederösterreich auch künftig entsprechend unterstütze.

Klubobfrau Dr. Madeleine Petrovic (G) hielt fest, dass die Worte ihres Vorredners in weiten Strecken zur Sache gewesen waren; zuvor habe es primär wechselseitige Attacken gegeben und es sei vom eigentlichen Gegenstand abgelenkt worden. Kritisch bemerkte sie, dass ausgerechnet seitens der VP der Diskussionsstil in Frage gestellt worden sei.

Abgeordneter Helmut Cerwenka (SP) ging auf die Rede des Abgeordneten Karner ein und meinte, dass diese gezeigt habe, wer in Niederösterreich für Streit stehe bzw.

diesen provoziere. Punkto Aufsichtsrat der Hypo hielt er fest, dass Landeshauptmannstellvertreter Leitner „keinen Zwang ausgeübt“ habe.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) betonte, dass seine erste Wortmeldung dieser Aktuellen Stunde missinterpretiert worden sei und Auseinandersetzungen im Landtag „hart, pointiert und mitunter untergriffig“ geschehen dürften. Zum Thema Wohnbauförderung meinte er, dass das Land jährlich einen Benefit aus der Veranlagung hole; im aktuellen Konjunkturpaket bringe dies etwa 150 Millionen Euro. Zu den Aufsichtsräten der Hypo meinte er, dass Dr. Samstag aus Überarbeitung zurückgetreten sei. Die beiden folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Abstimmung und Berichterstattung gemeinsam behandelt:

- **NÖ Jahresumweltbericht 2007** und **NÖ Klimaprogrammbericht 2007** (Berichterstatter: Abgeordneter Karl B a d e r , VP)
- **Global Marshall Plan-Initiative „für eine weltweite ökosoziale Marktwirtschaft“; Bericht und Umsetzungskonzept 2007** (Berichterstatter: Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l , VP)

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) bezog sich nochmals auf seinen Vorredner und meinte, dass Abgeordneter Riedl sie nicht davon überzeugen könne, dass eine Aktiengesellschaft ein „Hort für Sozialpolitik“ sei. Vielmehr sei eine solche klar auf Gewinn und Kapitalmaximierung ausgerichtet. Die EVN sei inzwischen der drittteuerste Anbieter bei Strom und Gas. Niederösterreich werde deswegen so hart getroffen, weil es kein Öko-Stromgesetz gebe, Niederösterreich müsse seine Eigenproduktion steigern. Die 181 Maßnahmen im Klimaschutzprogramm seien allesamt wichtig, trotzdem werde das Kyoto-Ziel nicht geschafft. Im Folgenden brachte sie drei **Resolutionsanträge** ihrer Fraktion ein: zur Gesellschaftsform und den Unternehmenszielen der EVN, zur Erleichterung der thermisch-energetischen Sanierung und zu Rechenschaftsberichten der NÖ Umweltschutzkommission.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) sprach von der dringlichen Aufgabe der Senkung der Treibhausgasemissionen. In Österreich habe es entgegen dem Kyoto-Protokoll keine Senkung, sondern eine Steigerung der Emissionen um 16 Prozent gegeben. In Bezug auf die Global-Marshall-Plan-Initiative merkte er an, vielfach seien die Grundsätze der ökosozialen Marktwirtschaft nicht mehr erkennbar. Stattdessen gehe es um Turbokapitalismus, maximalen Profit in kürzester Zeit sowie globale Geldwirtschaft um der der Geldwirtschaft willen. Die beste Antwort auf den Klimawandel ist die Ökosoziale Marktwirtschaft. Die Zielsetzung seien gleiche ökologische, ökonomische und soziale Standards auf der ganzen Welt. Zudem bedürfe es einer gerechteren Verteilung von Reichtum und Ressourcen. Ein Mittel um dies zu erreichen, sei eine vorausschauende Raumordnung auf Landesebene.

Abgeordneter Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) erklärte, dass er mit dem Vorwort von Landesrat Plank zum Umweltbericht 2007 übereinstimmt. Die wesentlichen Schwerpunkte für die Zukunft seien die Energiefrage und der Ausbau des Öffentlichen Verkehrs. Energiesparen und der Einsatz erneuerbarer Energie reduzieren auch die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen wie Erdöl, Kohle oder Erdgas. Niederösterreich habe bereits in der Vergangenheit mit klimapolitischen Maßnahmen einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz geleistet. Zudem werde mit der Attraktivierung des Öffentlichen Verkehrs der Bevölkerung eine Alternative zur bisherigen Mobilität mit dem Auto angeboten. Den Antrag der Grünen betreffend Änderung der EVN-Gesellschaftsform werde von der SP abgelehnt. Die Anträge zu thermischer Sanierung und Vollzugsdefizit der Landesregierung werden von der SP unterstützt.

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) betonte, dass Niederösterreich den höchsten Ökostromanteil am Gesamtenergiebedarf im Vergleich zu allen anderen Bundesländern habe. Das NÖ Klimaprogramm setze sich umfassend mit regionalen Lösungsansätzen auseinander und habe mittlerweile eine Reihe vorbildlicher Initiativen

verwirklicht. So bleibe beispielsweise die Abfallmenge in Niederösterreich trotz des hohen Wirtschaftswachstums konstant. Niederösterreich sei auch Vorreiter bei der Umweltbildung und fördere bei Schülern und Erwachsenen nachhaltige Modelle zum Schutz der Natur.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) danke Landesrat Plank und den Abteilungen beim Amt der NÖ Landesregierung für die Erstellung des Umweltberichtes. Auch die Frühjahrsputzaktion werde dank der vielen Freiwilligen von Jahr zu Jahr immer erfolgreicher. Wichtig sei im Energiebereich die Versorgungssicherheit für Niederösterreich zu gewährleisten und die Abhängigkeit von Atomstrom und Gentechnik zu reduzieren. Er brachte einen **Resolutionsantrag** mit dem Titel „Seuchenvorsorgeabgabe sofort abschaffen“ ein.

Abgeordnete Karin K a d e n b a c h (SP) sprach über den Global-Marshall-Plan und meinte, es müsse gelingen, als gemeinsames Europa wieder eine starke Position gegenüber den USA und Russland zu finden. Mit dem Global-Marshall-Plan sei in Niederösterreich ein wesentlicher Schritt getan worden. Zum Jahresumweltbericht merkte sie an, dass gerade hier das nachhaltige Wirtschaften ganz besonders betrieben werde. Sie bedankte sich bei der Abteilung Naturschutz und allen anderen, die in diesem Bereich tätig sind, für ihre Arbeit.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) zeigte sich sehr erfreut, dass Niederösterreich den Global-Marshall-Plan unterstützt. Sie merkte jedoch an, dass die Maßnahmen, die in Niederösterreich umgesetzt würden, vergleichsweise vage blieben.

Abgeordneter Helmut D o p p l e r (VP) befasste sich ebenfalls mit dem Global-Marshall-Plan und erinnerte an die Resolution des NÖ Landtages vom 25. Jänner 2007. Die Global-Marshall-Plan-Arbeitsgruppe habe sehr effizient und gut gearbeitet. Niederösterreich zähle zu den aktivsten Bundesländern bei der Umsetzung des Global-Marshall-Plans. Ein Arbeitskreis solle nun jedes Jahr dem NÖ Landtag einen Umsetzungsbericht

zur Global-Marshall-Plan-Initiative vorlegen. Der NÖ Jahresumweltbericht 2007 und der NÖ Klimaprogrammbericht 2008 wurden ebenso wie der Bericht betreffend Global Marshall Plan-Initiative mit Mehrheit zur Kenntnis genommen. Der Resolutionsantrag der Grünen (Thermisch-energetische Sanierung) wurde einstimmig angenommen. Der Resolutionsantrag der Grünen (NÖ Umweltschutz) wurde abgelehnt, die übrigen Resolutionsanträge wurden nicht zur Abstimmung gebracht.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meldete sich zur Geschäftsordnung zum Wort und meinte, dass sie sehr wohl einen Zusammenhang zwischen ihrem Resolutionsantrag und dem Klimabericht sehe.

Abgeordneter Josef E d l i n g e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des NÖ Höhlenschutzgesetzes**.

Der Antrag wurde ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) meldete sich zur Geschäftsordnung und forderte eine Sitzungsunterbrechung und die Einberufung der Präsidiale.

Die nächsten drei Geschäftsstücke wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gem. Art. 15a B-VG über die gemeinsame Förderung der 24-Stunden-Betreuung** (Berichtersteller: Abgeordneter Mag. Gerhard K a r n e r , VP)
- **Änderung des NÖ Pflegegeldgesetzes 1993 (NÖ PGG)** (Berichtersteller: Abgeordnete Marianne L e m b a c h e r , VP)
- **NÖ Sozialbericht 2007** (Berichtersteller: Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l , VP)

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) meinte, dass eine dahingehende 15a-Vereinbarung für Niederösterreich nicht erforderlich sei. So gebe es im Zusammenhang mit der 24-Stunden-Betreuung hierzulande bereits großzügigere Bestimmungen und kla-



re Regelungen. Es sei deshalb unverständlich, eine 15a-Vereinbarung anzudenken. Eine bundesweite 15a-Vereinbarung sei gefährlich, weil extrem unflexibel. Gerade im Sozialbereich müsse man dynamisch reagieren können.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) sagte, die 15a-Vereinbarung sei grundsätzlich begrüßenswert, verbesserungswürdig seien einzelne Punkte in Bezug auf Standardisierung oder die Einführung eines Zeitlimits. Gesonderte Vereinbarungen führten zu bundesweit ungleicher Behandlung.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) lobte die einheitlichen Zielsetzungen und Grundsätze in der Vereinbarung. Das 1993 eingeführte Pflegegeld sei ein großer Meilenstein gewesen, die vorliegende Novelle die umfassendste Verbesserung seit Einführung des Gesetzes. Angesichts der demografischen Entwicklung sei auch ein Ausbau der Pflegeheime und der Hauskrankenpflege wichtig.

Abgeordnete Ingeborg R i n k e (VP) meinte, Niederösterreich sei bei Pflege und Betreuung Trendsetter. Letztendlich habe auch der Bund beschlossen, das NÖ Modell zu übernehmen. Am Weg zur sozialen Modellregion habe Niederösterreich schon einige harte Prüfungen bestanden. In Niederösterreich müsse niemand Angst haben, eines Tages Pflege in Anspruch nehmen zu müssen.

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) führte aus, der vorliegende Sozialbericht bestehe zum Großteil aus verzerrenden Hochglanzfotos, gehe zu wenig in die Tiefe, bringe keine Hintergrundinformationen und erkläre zum Beispiel nicht die Statistik zu den Frauenhäusern. Ein **Resolutionsantrag** fordere die verfassungsmäßige Verankerung der Kinderrechtskonvention.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) forderte die Aufrechterhaltung eines Sozialsystems, das unserer Gesellschaft würdig sei. Sozialstaat bedeute füreinander einzutreten. Die Hereinnahme immer weiterer Leistungsempfänger gefährde allerdings den Sozialstaat. Er kritisierte, dass Einwanderer in den Genuss von Sozialhilfe kommen, gleichzei-

tig aber für Pensionisten kein Geld da sei und die Selbstbehalte für Kranke erhöht werden.

Abgeordnete Karin K a d e n b a c h (SP) kritisierte den NÖ Sozialbericht, da dieser zu wenig Hintergrundinformation und keine Übersicht über die im Land angebotenen Sozialleistungen biete. Zudem seien für den Sozialbereich zwei Landesrätinnen zuständig, trotzdem gebe es beim Sozialbericht ein Vorwort des Landeshauptmannes. Dies sei auch bei anderen Berichten des Landes nicht üblich. Im letzten Jahr sei die Zahl der Hilfeansuchen um 30 Prozent gestiegen. Insgesamt müssten 190.000 Landsleute mit weniger als 893 Euro pro Monat auskommen. Wer einen Termin bei der Schuldnerberatung in Anspruch nehmen wolle, müsse sich bis März 2009 gedulden. Auch die vielen SOMA-Märkte seien ein Zeichen der wachsenden Armut in der Bevölkerung.

Abgeordneter Anton E r b e r (VP) betonte, dass in den letzten fünfzehn Jahren die Lebenserwartung bei Männern bzw. Frauen um fünf bzw. vier Jahre gestiegen sei. Die jüngere Bevölkerungsgruppe werde immer kleiner und die Pensionisten immer mehr. Die Gruppe der Achtzigjährigen werde sich in den nächsten Jahren verdoppeln. Diese demografische Entwicklung habe auch Auswirkungen auf die Sozialbudgets. Das Sozialhilfegesetz, das neue Pflegegesetz, der Wegfall des Regressanspruches und der Wegfall der Vermögensgrenze bei der 24 Stunden-Betreuung seien Teil der neuen sozialen Modellregion Niederösterreich. 90 Prozent der Mitbürger wollen in den eigenen vier Wänden betreut werden. Auch durch neue organisatorische Maßnahmen sei das NÖ Pflegemodell abgesichert, wie durch die Pflegehotline oder ein mobiles Beratungsteam. Die Höherreihung bei der Pflegegeldstufe müsse unbürokratisch abgewickelt werden.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, die Krankenkassen müssen saniert werden, um einen Kollaps im Gesundheitswesen bzw. im Rettungswesen zu verhindern. Die FP stehe hinter den vielen Freiwilligen bei den Rettungsorganisationen.

Die 15a-Vereinbarung über die 24 Stunden-Betreuung wurde mehrheitlich angenommen, die Änderung des NÖ Pflegegeldgesetzes wurde einstimmig angenommen und der NÖ Sozialbericht 2007 wurde mehrheitlich zur Kenntnis genommen. Der Resolutionsantrag der Grünen (Kinderrechtskonvention) wird mit der Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes, das später behandelt wird, abgestimmt.

Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Abstimmung und Berichterstattung gemeinsam behandelt:

- **Bericht über die Tätigkeit und Wahrnehmungen der NÖ Land- und Forstwirtschaftsinspektion im Jahre 2007** (Berichtersteller: Abgeordneter Ing. Franz Rennhofer, VP)
- **Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich für das Jahr 2007** (Berichtersteller: Abgeordneter Ing. Hermann Haller, VP)
- **NÖ landwirtschaftlicher Förderungsfonds; Bericht über die Gebarung und Tätigkeit im Jahr 2007** (Berichtersteller: Abgeordneter Ing. Hermann Haller (VP)

Abgeordnete Dr. Helga Krismer-Huber (G) widmete sich dem Thema Gentechnik und wies darauf hin, dass es immer schwerer werde, weil sich die Gentechnik international immer stärker positioniere. Es bestünde die Gefahr, dass gute, reine Futtermittel zunehmend „verseucht“ würden. Sie brachte gemeinsam mit den Abgeordneten Leichtfried, Waldhäusl, Dr. Petrovic, Weiderbauer und Enzinger einen **Resolutionsantrag** betreffend Offensive gegen EU-Kommission in Sachen Gentechnik von Niederösterreich als „Gentechnikfreie Region“ ein. Weiters brachte sie gemeinsam mit den Abgeordneten Dr. Petrovic, Weiderbauer und Enzinger einen **Resolutionsantrag** betreffend Vollzugsdefizit der Landesregierung hinsichtlich der „Geruchszahl-Verordnung“ gemäß § 16(7) NÖ Raumordnungsgesetz 1976 ein.

Abgeordneter Karl S c h w a b (FP) wies darauf hin, dass zwar die Agrarpreise gefallen, aber die Lebensmittelpreise immer noch hoch seien. Der Konsument bezahle, aber der Bauer bekomme nicht seinen Lohn dafür. Außerdem mache der Anstieg der Lebensmittelpreise den Bauern zu schaffen. Er brachte gemeinsam mit den Abgeordneten Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Tauchner und Sulzberger einen **Resolutionsantrag** betreffend „Bauernsterben“ und Ausgleichzahlungen in der Landwirtschaft ein. Weiters hielt Schwab fest, dass die Jugend nicht mehr bereit sei, in der Landwirtschaft zu arbeiten. Zur Betriebsprämie meinte er, dass die Kürzungen insbesondere die „kleinen Bauern“ betreffen. Laut „Grünem Bericht“ sei das Einkommen der LandwirtInnen gestiegen, was jedoch darin begründet sei, dass von einem niedrigen Level ausgegangen werde. Überdies stellten seiner Meinung nach die Sozialversicherungsbeiträge eine große Belastung für die Bäuerinnen und Bauern dar. Das „fiktive Ausgedinge“ sei eine Ungerechtigkeit und gehöre abgeschafft.

Abgeordnete Marianne L e m b a c h e r (VP) lobte den „Grünen Bericht“ als gut aufbereitet. 2007 sei kein einfaches Jahr gewesen; Ernten bei Getreide und Mais waren unterdurchschnittlich. Gleichzeitig hätten steigende Energiepreise eine Belastung dargestellt. Im Zusammenhang mit dem Einstieg der Landwirtschaft in die Bioenergie-Produktion meinte sie, dass die Erzeugung von Nahrungs- und Futtermitteln an erster Stelle kommen müsste. Bioenergie sei aber eine „Schiene“, die der Umwelt helfe und den LandwirtInnen zusätzliche Einnahmen bringe. Zu den Sozialversicherungsbeiträgen sagte sie, dass in der Vergangenheit bereits bessere Voraussetzungen geschaffen und Zuschüsse gewährt worden seien.

Abgeordneter Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) meinte, dass es 2007 im Vergleich zu den Vorjahren keine wesentlichen Änderungen gegeben habe. Viele Bäuerinnen und Bauern wären mit ihrer derzeitigen Situation unzufrieden; die Politik müsste ihnen mit konkreten Maßnahmen ihre Ängste nehmen. Man wolle die kleinstrukturierte Landwirt-

schaft erhalten, ebenso die hohe Qualität und die umweltgerechte Produktion. Dazu brauche es auch eine leistungsgerechte Bezahlung der LandwirtInnen. Nur zwölf große landwirtschaftliche Betriebe in Österreich erhielten den Löwenanteil der Förderungen, das sei nicht gerecht. Die EU-Anerkennung eines nationalen Rechts auf gentechnikfreie Zonen halte er für sehr wichtig.

Abgeordneter Franz M o l d (VP) führte aus, zwischen 1987 und 2006 sei der Rinderpreis um 13 Prozent gesunken, der Preis für ein Kilogramm Rindfleisch aber um 72 Prozent gestiegen. Die tierischen Veredelungsbetriebe in Niederösterreich hätten im Vorjahr massive Probleme gehabt. In Niederösterreich sei die Landwirtschaft sehr klein strukturiert. Die Fördermittel für die Landwirtschaft seien daher keine Geschenke für die Bauern, sondern Maßnahmen zur Erhaltung des ländlichen Raumes.

Der Bericht der NÖ Land- und Forstwirtschaftsinspektion wurde einstimmig, der Grüne Bericht mit den Stimmen von VP und SP mit Mehrheit und der Bericht über den NÖ Landwirtschaftlichen Förderungsfonds gegen die Stimmen der FP mit Mehrheit zur Kenntnis genommen. Sämtliche Resolutionsanträge blieben in der Minderheit.

Abgeordneter Helmut D o p p l e r (VP) berichtete zum Antrag betreffend **Änderung der NÖ Landarbeitsordnung 1973**.

Der Antrag wurde ohne Wortmeldung gegen die Stimmen der FP mit Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) berichtete zum Antrag betreffend **Änderung des NÖ Jagdgesetzes 1974**.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) kündigte an, der Novelle nicht zuzustimmen. Das in Niederösterreich seit 1991 verbotene „Kirren“, das Töten von Wild bei der Fütterung, sei anachronistisch, heimtückisch und grausam. Sie brachten einen **Abänderungsantrag** in Bezug auf die Wiedereinführung des „Kirrens“ ein. Sie meinte, trophäenträchtige Tiere über die Fütterung anzulocken und dann zu erlegen, habe nichts mit dem

ursprünglichen Begriff der Jagd zu tun. Außerdem müsse die Änderung des NÖ Jagdgesetzes auch eine genetische Durchmischung der Tiere regeln, um so genannte „Inselbestände“ zu verhindern und einen gesunden Wildbestand zu garantieren. Deshalb setzen sich die Grünen für eine umfassende Novellierung des Jagdgesetzes ein.

Abgeordneter Karl S c h w a b (FP) meinte, die Auszahlung des Jagdpachtschillings müsse, so wie im geänderten Jagdgesetz vorgesehen, eine Bringschuld und keine Holschuld sein. Den Jagdpachtschilling müsse der Bauer für seinen Grund und Boden bekommen und nicht die Gemeinden zum Erhalt von Feldwegen. Zudem würden in den letzten Jahren die Wildschäden in der Landwirtschaft auf Grund der vielen Wildschweine zunehmen. Auch die in diesem Zusammenhang notwendige Wiedergutmachung von Wildschäden sei in dem vorliegenden Jagdgesetz schlecht geregelt. Daher lehne die FP die Gesetzesvorlage ab.

Abgeordneter Konrad A n t o n i (SP) sagte, das NÖ Jagdgesetz müsse neben der klaren Regelung der Kernaufgaben der Jagd auch eine ökologische Naturraumnutzung garantieren. Auch die im Jagdgesetz geregelte Jagdpacht kommt zu Recht den Gemeinden zugute, um Waldwege zu erhalten bzw. zu sanieren. Außerdem dürfe die Jagd nicht als etwas Elitäres gesehen werden, sondern müsse eine breite Anerkennung in der Gesellschaft finden. Die SP stimme der Änderung des Jagdgesetzes zu, bringe aber gleichzeitig einen Resolutionsantrag betreffend Neukonzeption des NÖ Jagdgesetzes ein, um die aufgezeigten Probleme nachhaltig zu lösen. Darin wird die NÖ Landesregierung aufgefordert, eine Neukonzeption des NÖ Jagdgesetzes unter Einbindung aller betroffenen Interessengruppen zu veranlassen und dem Landtag das Ergebnis ehestmöglich zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, die FP bekenne sich zur Jagd, lehne aber die „KIRRUNG“, insbesondere von Rotwild, ab und verlange mehr waidmännisches

Verhalten von den Jägern. Er brachte daher einen **Resolutionsantrag** betreffend Zulassung überbetrieblicher Bauerneigenjagden ein.

Abgeordneter Franz Grandl (VP) ging auf einige Punkte des neuen Jagdgesetzes ein. So gebe es eine neue Vertretungsregelung für den Obmann und den Obmannstellvertreter des Jagdausschusses. Zum Thema „KIRRUNG“ meinte er, Ziel sei es, das Regulatorisch zu verbessern und den Schutz der Waldflächen voranzutreiben. Nach dem Fremdenverkehr sei die Forstwirtschaft der zweitgrößte Devisenbringer im Land. Er begrüße auch die jagdliche Ausbildung an landwirtschaftlichen Schulen, wodurch es in Zukunft wieder verstärkt möglich sei, mehr landwirtschaftliche Betriebsführer für die Jagd zu interessieren. Mit diesem Gesetz werde der Jagdausschuss jederzeit handlungsfähig bleiben und eine praxisnahe Regelung der Wildbestände sowie eine zeitgemäßere Auszahlung des Jagdpachtes sei möglich. Grandl kündigte noch an, dass seine Fraktion den Resolutionsanträgen der Abgeordneten Petrovic und Antoni sowie der Abgeordneten Waldhäusl u.a. nicht zustimmen werde.

Der Abänderungsantrag der Abgeordneten Petrovic, Waldhäusl u.a. (Änderung des NÖ Jagdgesetzes) wurde abgelehnt. Die Änderung des NÖ Jagdgesetzes 1974 wurde mit Mehrheit angenommen. Der Resolutionsantrag der Abgeordneten Antoni, Petrovic und Schwab (Neukonzeption des NÖ Jagdgesetzes) wurde abgelehnt, der Resolutionsantrag der Abgeordneten Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Tauchner, Schwab und Sulzberger (Zulassung überbetrieblicher Bauern-Eigenjagden) wurde abgelehnt.

Abgeordneter Ing. Andreas Pum (VP) berichtete zum Antrag betreffend **Änderung des NÖ Fischereigesetzes 2001**.

Abgeordnete Heidemaria Onodi (SP) sprach über die Novellierung des NÖ Fischereigesetzes. Mit dem Fischereigesetz 2001 seien wesentliche Ziele festgelegt worden, z. B. die Ökologisierung des Fischereirechtes, die Schaffung eines NÖ Landesfischereiverbandes und eine Verwaltungsvereinfachung. Die Novellierung sehe nun etwa die Aner-

kennung von auswärtigen Fischereilegitimationen sowie die Präzisierung der Regelungen der Voraussetzungen zur Ausstellung der Fischereikarte vor. Sie hob in ihren Ausführungen auch die gute Arbeit des Landesfischereiverbandes hervor.

Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r (VP) hielt fest, dass es beim NÖ Fischereigesetz nunmehr kleinere Änderungen gebe. Das NÖ Fischereigesetz 2001 sei gut, wenn es punktuell neu bearbeitet werde, für das Hobby Fischen maßgeschneidert und auch wirtschaftlich sei.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Franz G r a n d l (VP) berichtete zum Antrag betreffend **NÖ Tierzuchtgesetz 2008**.

Der Antrag wurde ohne Debatte mit Mehrheit angenommen.

Die beiden folgenden Geschäftsstücke wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Änderung des NÖ Sportgesetzes** (Berichterstatter: Abgeordneter Hermann H a u e r , VP) berichtete zum Antrag betreffend
- **NÖ Landessportschule St. Pölten, 8. Ausbaustufe, Stadion**. Das Land Niederösterreich beteiligt sich mit 9.846.364 Euro an den Gesamtkosten in der Höhe von 25.692.728 Euro. (Berichterstatter: Abgeordneter Martin S c h u s t e r , VP)

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) ging speziell auf das Thema Dopingkontrollen ein und betonte, dass bereits in den Vereinen Prävention geleistet werden müsse, um sich in Zukunft derartige Kontrollen zu ersparen. Punkto Landessportschule und neues Stadion meinte Weiderbauer, dass man sich auf einen Landtagsbeschluss von 1990 beziehe und es daher anzunehmen sei, dass es mindestens weitere 20 Jahre dauern werde, bis das Stadion stehe. Es gebe in Niederösterreich viele Ambitionen, im Fußballsport besser zu werden. Wenn dies nicht gelinge, stelle sich die Frage, wie das Stadion genützt werden soll. Er appellierte daher, diese Investition einzusparen.



Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) betonte die Bedeutung des gemeinsamen Kampfes gegen Doping im Sport und sagte, dass seine Fraktion diesen Bestrebungen gerne näher treten werde.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) meinte, dass die Änderungen im Sportgesetz eine notwendige Gesetzesanpassung darstellen. Als wichtig und richtig erachte es seine Fraktion, dem Antragsteller eine Eignungsprüfung abzuverlangen. Überdies fordere die FP die Schaffung einer einheitlichen Behörde zur Überprüfung der Eignung. Diese sollte beim Amt der NÖ Landesregierung untergebracht werden. Die derzeitige Regelung, die als zuständige Stelle die Bezirksverwaltungsbehörden vorsieht, garantiere keine Einheitlichkeit. Die Antidoping-Neuregelung bezeichnete er als begrüßenswerten Ansatz. Die Errichtung eines Stadions sei für die sportliche Zukunft der Landeshauptstadt schon längst überfällig, parallel dazu müsste es im Verein auch Investitionen in neue Spieler und in die Nachwuchsarbeit geben.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) erinnerte an das Buskonzept LUP, die Fachhochschule, die S 34 und andere Projekte, wo es bereits eine gute Zusammenarbeit zwischen Bund, Land und Stadt gegeben habe. Die Drittellösung beim Stadion sei für St. Pölten sehr gut. Abzuklären sei, ob eine UVP notwendig und die Bundessportrichtlinie eingearbeitet sei.

Abgeordneter Ing. Andreas P u m (VP) meinte, der Sport werde durch Machenschaften abseits des Sports immer mehr ad absurdum geführt. Das moderne, der Landeshauptstadt würdige und auf die gegebenen Verhältnisse abgestimmte Stadion in St. Pölten zeige, dass der Fußball in Niederösterreich einen sehr großen Stellenwert besitze. Die Änderung des Sportgesetzes wurde einstimmig, der Antrag betreffend Landessport-schule (Stadion) den Stimmen von VP, SP und FP angenommen.

Abgeordneter Mag. Karl W i l f i n g (VP) berichtete zum Antrag betreffend **Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972 (3. DPL-Novelle 2008)**.

Der Antrag wurde ohne Wortmeldung gegen die Stimmen der Grünen mit Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Mag. Karl **W i l f i n g** (VP) berichtete zum Antrag betreffend **Änderung des NÖ Landes-Bedienstetengesetzes (3. NÖ LBG-Novelle 2008)**.

Der Antrag wurde ohne Wortmeldung gegen die Stimmen der Grünen mit Mehrheit angenommen.

Abgeordnete Michaela **H i n t e r h o l z e r** (VP) berichtete zum Antrag betreffend **Landespflegeheim Ybbs an der Donau, Zu- und Umbau** mit Gesamtkosten von 10,2 Millionen Euro.

Der Antrag wurde ebenfalls ohne Debatte einstimmig angenommen.

Abgeordnete Ingeborg **R i n k e** (VP) berichtete zum Antrag betreffend **Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes**.

Abgeordneter Emmerich **W e i d e r b a u e r** (G) künftige an, dem ursprünglich an falscher Stelle eingebrachten **Resolutionsantrag** zur verfassungsmäßigen Verankerung der Kinderschutzkonvention nunmehr einzubringen. In den NÖ Media-Außenstellen und in der Landesbildstelle gebe es weder Ausschreibungen noch ein Objektivierungsverfahren. Dieses Verfahren endlich überhaupt einzustellen, würde dem Land eine Menge Geld sparen und an den Usancen nichts ändern. Es könne nur mehr eigenständige Polytechnische Schulen geben. Das NÖ Schulmodell ist für ihn der falsche Weg. Damit würden die Probleme nicht gelöst. Man müsse eine Schule kreieren, die allen Beteiligten möglichst gerecht werde. Er brachte gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Resolutionsantrag** zur verfassungsrechtlichen Verankerung der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen ein.

Abgeordneter Helmut **C e r w e n k a** (SP) sieht im vorliegenden Antrag die notwendige Bereinigung von Textpassagen sowie Textkorrekturen. Mit der Umbenennung der

Bildstelle in Mediacenter bestehe auch die Chance, die Strukturen zu überdenken. Es sei nicht notwendig, in jedem Bezirk eine Bildstelle aufrecht zu erhalten.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) kündigte an, dem Antrag Weiderbauers u.a. beizutreten. In der Lichtbildstelle, die nun auf eine neue Basis gestellt werde, sieht sie auch eine wichtige Unterstützung für die Schulen. Das NÖ Schulmodell sei der richtige Weg. Und in Richtung Grüne: Es könne nicht sein, dass sich 46 Schulen, die dieses Modell nunmehr umsetzen wollen, geirrt hätten. In die NÖ Pflichtschulen würden 1,2 Milliarden Euro investiert.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (ohne Grüne) angenommen, der Resolutionsantrag der Grünen und Adensamer (Kinderrechtskonvention) wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) berichtete zum Antrag der Abgeordneten Waldhäusl u. a. betreffend **Tariferhöhung der EVN**. Der Ausschussantrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) bezeichnete den FP-Antrag als einen sehr unkorrekt formulierten und werde deshalb selbst einem **Resolutionsantrag** zum Thema EVN – Gesellschaftsform und Unternehmensziele einbringen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sprach sich abermals dafür aus, die Strom- und Gaspreiserhöhung auszusetzen. Er kündigte auch an, den SP-Resolutionsantrag, der zu diesem Tagungsordnungspunkt eingebracht werde, zu unterstützen. Inhaltlich geht es bei diesem Resolutionsantrag um einen Strom- und Gasbonus für jene Niederösterreicher, die nicht über die Runden kommen.

Abgeordneter Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) sprach sich für mehr soziale Verantwortung aus. Gerade bei den Energiekosten treffe es zuerst jene, die es besonders schwer hätten. Gemeinsam mit dem Abgeordneten Tauchner brachte nun den **Resolutionsantrag** betreffend eines Strom-Gas-Bonus für Niederösterreicher mit niedrigem Einkommen ein.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) stelle die Frage, wie man mit Landeseigentum umgeht. Die EVN sei ein börsennotiertes Unternehmen und habe sich deshalb auch an bestimmte Regeln zu halten. Man müsse darauf achten, dieses Unternehmen wirtschaftlich „nicht in den Graben zu fahren“. In Zeiten wie diesen sei aber auch kein Platz für Gewinnmaximierung. Sozial Schwächeren werde in diesem Winter mit einem Heizkostenzuschuss von bis zu 210 Euro geholfen.

Der Antrag der auf Ablehnung lautet wurde von der VP angenommen. Da dieser Antrag abgelehnt wurde, kamen auch die zwei eingebrachten Resolutionsanträge nicht zu Abstimmung.

Abgeordneter Mag. Karl W i l f i n g (VP) begründete den **Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Mag. Wilfing u. a. betreffend **Konjunkturmaßnahmen zur Stützung der NÖ Wirtschaft**. Man müsse Unternehmen, vor allem den KMU, in Zeiten der Krise helfen, und zwar durch Haftungsübernahmen, Kreditsicherungsmodelle etc., damit diese Betriebe auch jetzt investieren können.

Die Zuerkennung der Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, für einen Schulterchluss brauche es eine eingehende parlamentarische Beratung. Der Antrag der VP werfe jedoch viele Fragen auf, etwa was ein Leitbetrieb sei oder ob man Betriebe unterstütze, die selber Veranlagungen gemacht hätten. Sie sprach auch die Geschäfte vieler Banken mit Gemeinden und Bürgern an. So gebe es etwa bei Fremdwährungskrediten für viele ein böses Erwachen. Sie brachte daher einen **Resolutionsantrag** gemeinsam mit den Abgeordneten Waldhäusl, Petrovic, Weiderbauer und Enzinger betreffend Wirtschaftskrise – Hilfspaket auch für Privatpersonen und Kleinbetriebe ein. Es sei richtig, jetzt mit einem Konjunkturpaket Akzente zu setzen, aber in vielen Nuancen scheine es noch Bedarf zum Nachjustieren zu geben.

Abgeordneter Emil S c h a b l (SP) betonte, man sei nun mit einer Situation konfrontiert, die vor drei Monaten noch keiner vorausgesehen hätte. Man werde dem Initiativantrag der VP beitreten. Seine Fraktion werde auch zwei Zusatzanträge stellen, denn es gelte jetzt, schnell zu handeln, um den Klein- und Mittelbetrieben im Land Halt zu geben. Ein Zusatzantrag beschäftigt sich daher mit der Schaffung einer NÖ Sanierungsgesellschaft, ein zweiter Zusatzantrag unter anderem mit einem NÖ Zukunftsfonds, der Ausdehnung der Nahversorgungsförderung und einer Arbeitsstiftung für MitarbeiterInnen in Kleinbetrieben.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) wies darauf hin, dass die Finanzkrise Europa fest im Griff habe und nun auch Auswirkungen auf die Realwirtschaft zeige. Die Gewitterwolken am Konjunkturm Himmel würden auch an Niederösterreich nicht spurlos vorübergehen. Darum müssten jetzt Maßnahmen getroffen werden. Weiters meinte sie, dass die Banken die Turbulenzen an die Firmen weitergeben und diese schwerer Kredite erhalten würden. Die Klein- und Mittelunternehmen seien besonders betroffen. Mit dem Konjunkturpaket könne man die Betriebe zu Investitionen motivieren. In der Folge stellte sie die einzelnen Punkte des Paketes detailliert vor. Zum Vorredner Schabl meinte sie, dass die Forderung nach einer Sanierungsgesellschaft unrichtig und der Staat ein schlechter Unternehmer sei. Der Ruf nach einem Zukunftsfonds sei irrelevant, denn in Niederösterreich habe man die ecoplus.

Abgeordneter Emil S c h a b l (SP) verlas die zuvor eingebrachten Anträge.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) stellte klar, dass er zu diesem Paket ein aufrichtiges Ja sage, da letzteres den Betrieben helfe und punktuell absolut in Ordnung sei. Seine Kritik richtete sich auf die Tatsache, dass er im Ausschuss nicht über dieses Thema habe mitdiskutieren können. Zudem sei eine ähnliche Maßnahme auch für die Arbeitnehmer wünschenswert. Er brachte drei **Zusatzanträge** betreffend Kontrollrechte

der Landesregierung und des Landtages sowie betreffend Obergrenze für Managergehälter, spekulative Geschäfte mit Steuergeld und „Cross Border-Leasinggeschäfte“ ein.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) meinte, dass dieses Paket zeige, dass seine Fraktion die politische Verantwortung im Bundesland wahrnehme. Das Land brauche einen verlässlichen Partner, den es in der eigenen Bank auch habe. Mit der Kapitalerhöhung könnten vermehrt Kredite für Unternehmen und Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Landeshauptmannstellvertreter Leitner gefährde mit seinen Äußerungen Arbeitsplätze bei der Hypo. Beim zweiten SP-Zusatzantrag beantrage er eine punktuelle Abstimmung.

Landeshauptmannstellvertreter Dr. Josef L e i t n e r (SP) meinte, das VP-Konjunkturpaket sei im Alleingang kreiert worden. Die VP nutze ihre absolute Mehrheit, behaupte aber gleichzeitig, dass die anderen nicht mitarbeiten wollen. Eine NÖ Sanierungs- und Restrukturierungsgesellschaft sollte nicht nur eine Pleite- und Auffangholding sein, sondern auch Beratungsconsulting betreiben. Der Zukunftsfonds könnte aus kurzfristig liquidierbaren Posten der Wohnbauförderungsgelder-Veranlagung gespeist werden. Bei der Risikofinanzierung wäre es wichtig, den Bereich mehr zu öffnen, damit auch Klein- und Kleinstunternehmen davon profitieren können.

Dritter Präsident Alfredo R o s e n m a i e r (SP) sagte, dass sowohl SP als auch FP dem Dringlichkeitsantrag der VP beitreten werden.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Grünen mit Mehrheit angenommen. Der Resolutionsantrag Krismer-Huber u. a. (Hilfspaket für Privatpersonen und Kleinbetriebe) wurde als Zusatzantrag gewertet und ausreichend unterstützt, blieb aber mit den Stimmen von FP und Grünen in der Minderheit. Bei der punktuellen Abstimmung des Zusatzantrages Schabl u. a. (Ergänzende Maßnahmen zum Konjunkturpaket) fand die Absenkung der Umsatzgrenze gegen die Stimmen der Grünen eine Mehrheit. Die restlichen Punkte fan-

den gemeinsam keine Mehrheit. Sämtliche weiteren Zusatzanträge blieben in der Minorität.

Abgeordneter Hermann Hauer (VP) begründete den **Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Hauer u. a. betreffend **Fahrplanänderungen der ÖBB**.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig zuerkannt.

Abgeordnete Amrita Enzinger (G) kündigte an, dem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen, obwohl es befremdlich sei, diesen Antrag erst zwei Stunden vor Sitzungsbeginn erhalten zu haben. Zudem liege das Versäumnis bei der Landesregierung selbst. Sie brachte einen **Resolutionsantrag** betreffend ÖBB-Taktumstellung ein.

Abgeordneter Erich Königsberger (FP) sagte, dass es zur Fahrplanumstellung eine Vielzahl von Beschwerden und großen Unmut gibt. Von diesen Verschlechterungen seien vor allem Pendler und Schüler betroffen. So sollen beispielsweise auf der S 2 künftig nur mehr zwei statt wie bisher vier Züge fahren.

Abgeordneter Gerhard Razborcan (SP) erinnerte, dass die Fahrplanänderungen bereits viel länger bekannt gewesen seien. Dazu gebe es Defizite beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs, insbesondere im Wiener Umland. Gerade hier seien Verbesserungen längst überfällig. In einem **Abänderungsantrag** forderte er mit den Abgeordneten Antoni, Cerwenka u. a. Änderungen von Wortfolgen und Ergänzungen zum eingebrachten Dringlichkeitsantrag.

Abgeordneter Mag. Karl Wilfing (VP) stellte klar, dass für den öffentlichen Verkehr der Bund und somit Infrastrukturminister Faymann zuständig ist. Der Aufschrei sei landesweit und flächendeckend. Darüber hinaus hätte sich die ÖBB mit den Gemeinden abstimmen sollen. Die Fahrplanänderung sei den Schülern und Pendlern nicht zumutbar.

Abgeordneter Hermann Findenis (SP) sagte, dass der SP-Infrastrukturminister nicht für die Fahrpläne zuständig sei. Er kritisierte auch widersprüchliche Aussagen von VP-Mandataren zum Thema öffentlicher Verkehr.

Landeshauptmannstellvertreter Ernest G a b m a n n (VP) stellte klar, dass der Bund einen gesetzlichen Versorgungsauftrag habe. Das Land steure jährlich 17,5 Millionen Euro für Investitionen und Betriebskosten bei. Die Wieselbusse werden zu 100 Prozent vom Land Niederösterreich finanziert. Das Land werde deshalb 50 Prozent der Gelder einfrieren, bis von der ÖBB der Versorgungsauftrag gewährleistet wird. Wo die Bahn gut verdiene, etwa auf der Westbahn, werde investiert, wo weniger oder gar nichts zu verdienen sei, werde reduziert oder gar eingestellt.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) erinnerte an „blau-schwarze Experimente“ und appellierte, in den Koalitionsverhandlungen gemeinsam etwas für Niederösterreich zu erreichen. Auch über den Versorgungsauftrag sollte man reden.

Der Abänderungsantrag der Abgeordneten Razborcan u.a. wurde abgelehnt, der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hauer u.a. betreffend Fahrplanänderungen der ÖBB wurde einstimmig angenommen. Der Resolutionsantrag der Abgeordneten Enzinger, Petrovic, Weiderbauer und Krismer-Huber wurde als Zusatzantrag gewertet und ausreichend unterstützt, blieb aber in der Minderheit.

Schluss der Sitzung!